

Vorlage		Vorlage-Nr:	FB 01/0150/WP17
Federführende Dienststelle: Fachbereich Verwaltungsleitung		Status:	öffentlich
Beteiligte Dienststelle/n:		AZ:	
		Datum:	15.04.2016
		Verfasser:	
Ratsanträge			
Beratungsfolge:			TOP: __
Datum	Gremium	Kompetenz	

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt nimmt die fristgerecht eingereichten Ratsanträge zur Kenntnis und verweist sie an die Verwaltung zur weiteren Bearbeitung.

Erläuterungen:

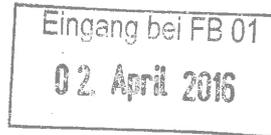
Von den Fraktionen bzw. Ratsmitgliedern wurden mehrere Ratsanträge innerhalb der in § 12 Abs. 1 der Geschäftsordnung für den Rat benannten Frist eingereicht, die als Anlage beigefügt sind.

Anlage/n:

Fristgerecht eingereichte Ratsanträge

UWG**BUERGERWILLE**
UNABHAENIG INITIATIV BASEDEMOKRATISCH

UWG · H. Schnitzler · Postfach 101337 · 52013 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen

Nr. 154/17

Unabhängige WählerInnen
Gemeinschaftim Rat der Stadt Aachen
Postfach 101337
52013 Aachen
Telefon: 0241 / 48070
Telefax: 0241 / 4018407
info@uwg-aachen.de

Aachen, 02.04.2016

Ratsantrag: Keine Standortgenehmigungen für Wildtierzirkusse

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

der Rat der Stadt Aachen möge beschließen:

1. Zirkusbetriebe und andere Wanderschaustellbetriebe, die Wildtiere wie z. B. Alligatoren, Krokodile, Antilopen und antilopenartige Tiere, Amphibien, Bären, Delfine, Flamingos, Flusspferde, Giraffen, Greifvögel, Halbaffen, Affen, Menschenaffen, Kamele, Nashörner, Elefanten, Pinguine, Reptilien, Strauße, Kängurus, Robben und robbenartige Tiere, Tümmler, Wölfe und Groß- und Kleinwildkatzen mitführen, erhalten grundsätzlich seitens der Stadt keine Genehmigung für einen Standplatz.
2. Darüber hinaus wird die Verwaltung beauftragt, u. a. mittels Recherche bei anerkannten Tierschutzorganisationen und der Bundestierärztekammer zu prüfen, inwiefern auch Zirkussen mit so genannten Haustieren eine Standortgenehmigung zu verweigern ist.

Begründung: Wildtiere sind in Zirkusbetrieben nicht artgerecht und nicht entsprechend den gesetzlichen Anforderungen zu halten. Die rechtliche Grundlage für eine kommunale Verweigerung der Standortgenehmigung ist zweifellos gegeben. In beinahe fünfzig deutschen Städten wurde inzwischen beschlossen, Wildtierzirkussen eine Standortgenehmigung zu verweigern.

Da eine aktuelle Initiative des Bundesrats, ein Verbot für Wildtierzirkusse – so wie in zahlreichen europäischen Ländern – bundesweit zu erlassen, erneut nicht Erfolg versprechend ist, können die Städte nur selber dafür sorgen, dass die mit Wildtierzirkussen einher gehende Tierqual beendet bzw. zumindest gemindert wird. Jede nicht bezahlte Eintrittskarte mindert Tierelend und entwürdigenden Missbrauch schutzloser Tiere. So steht es jeder Stadt gut zu Gesichte, sich weitestmöglich von dieser nicht mehr zeitgemäßen und äußerst unschönen „Tradition“ zu verabschieden.

Besten Dank für die zeitnahe Bearbeitung des Antrags.

Mit freundlichen Grüßen

Horst Schnitzler
(UWG Aachen)

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 155/17

18. März 2016
GRÜNE 7 / 2016

Ratsantrag

Expertengremium Entwicklung Campus West

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Rat beschließt für die anstehende Entwicklung des Campus West in Abstimmung und in Kooperation mit den Hochschulen, dem Land NRW, der Campus GmbH und dem BLB die Einrichtung eines begleitenden Expertenrates, in dem Vertreterinnen und Vertreter wissenschaftlicher Einrichtungen der Aachener Hochschulen und aus dem Umfeld von Forschung und Lehre vertreten sind. Der Energiebeirat wird in die Beratungen einbezogen.

Begründung

Die Entwicklung des Campus West wird die Ansiedlung von zahlreichen neuen Forschungsclustern ermöglichen und ein weiterer Schritt zur Entwicklung und Stärkung des Wissenschaftsstandortes Aachen sein. Die komplette Neuerschließung des ausgedehnten Areals bietet die Chance, bei der Entstehung eines ganzen Stadtteils zukunftsfähige Lösungen zu suchen und neue Wege zu gehen. Dies berührt bei Planung und Realisierung des Campus und seiner Gebäude insbesondere die Bereiche Stadtentwicklung, Stadtgestaltung und

Baukultur. Zudem geht es um die verkehrliche Erschließung, die Erarbeitung eines Mobilitätskonzepts, die stadtklimatische Einbindung und eine zukunftsfähige Ver- und Entsorgung, insbesondere bezogen auf die Ressource Wasser und die Bereitstellung von Raumwärme und Kälte. In all diesen Bereichen gibt es an und im Umfeld der Aachener Hochschulen ein breites Knowhow.

Aachen verfügt als Wissenschaftsstandort über ein anerkannt großes natur- und ingenieurwissenschaftliches Potential, das im In- und Ausland nachhaltige und zukunftsfähige Konzepte und Lösungen entwickelt. Daher liegt es nahe, dieses Kompetenz- und Kreativpotential für die Erschließung und Entwicklung des Campus West mit intelligenten Lösungen und zukunftsweisenden Technologien im Sinne einer Smart City zu nutzen und so den hohen Anforderungen an die Zukunftsfähigkeit gerecht zu werden. Ein praktischer Weg dahin wird in der Berufung eines Expertenbeirates gesehen, welcher die Aufgabenträger fachlich berät und unterstützt.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Michael Rau
planungspolitischer Sprecher

Eingang bei FB 01

13. April 2016

Nr. 156/17

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

11. April 2016
GRÜNE 9 / 2016

Ratsantrag

Smart City Aachen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, Eckpunkte für eine "Smart-City-Charta" für Aachen zu entwickeln. Diese Eckpunkte sollen als Rahmen für eine qualifizierte Konzeptentwicklung und Umsetzung einer Smart City Aachen dienen. An der Entwicklung dieser Charta soll die Politik beteiligt werden. Außerdem sollen städtische Unternehmen, Hochschulen, Wirtschaftsverbände und Vertreter aus der Bürgerschaft mit Affinität zu den Themen einer Smart City zur Mitwirkung eingeladen werden. Um schnell auch konkret werden zu können, sollen in einem ersten Schritt schnell umzusetzende Smart City Bausteine identifiziert und angegangen werden.

Begründung

Die zunehmende Anwendung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) – Stichwort Digitalisierung – führt zu einer digitalen Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft. Dieser Wandel umfasst alle Branchen und hat Auswirkungen auf alle Lebensbereiche. Er verändert die Art und Weise, wie die Menschen leben, wirtschaften und arbeiten – gerade auch in den Städten.

Städte und Gemeinden können die Digitalisierung nicht ignorieren. Sie müssen sich dazu verhalten, sie als Chance für ihre künftige Entwicklung begreifen und diese Chancen nutzen. Dazu sind gesamtheitliche Entwicklungskonzepte zu entwickeln, die sich auch als „Smart City-Konzepte“ bezeichnen lassen. Smart City bedeutet – verkürzt – intelligente Ideen und zukunftsweisende Technologien zu nutzen, um Städte effizienter, technologisch fortschrittlicher, umweltfreundlicher und sozial inklusiver zu gestalten. Die Potenziale einer Smart City entfalten sich vor allem durch die Vernetzung zwischen verschiedenen Bereichen, die wesentliche technologische Grundlage ist der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologie.

Für die Entwicklung einer Smart City ist es wichtig, in der Stadt vorhandene Potenziale zu analysieren, von anderen Städten zu lernen und eine eigene Strategie zu entwickeln sowie diese auch strategisch in der Kommunalpolitik und Stadtentwicklung zu verankern.

Städte, die sich frühzeitig damit befassen, eine Infrastruktur für eine Smart City zu schaffen und konkrete Erfahrungen zu sammeln, haben gegenüber anderen Städten einen Wettbewerbsvorteil. Erste Ansätze und Projekte zum Thema Smart City gibt es bereits bei der Stadt Aachen und in ihrem Umfeld (z.B. EU-GUGLE – EUropean cities serving as Green Urban Gate towards Leadership in sustainable Energy mit Stawag und gewoge oder auch CIVITAS DYN@MO). Diese fachbezogenen Projekte sollen selbstverständlich genutzt werden.

Darüber hinaus sollen aber auch anhand von Best Practice Beispielen anderer Städte und Verwaltungen und auf Basis der Erfahrungen und des Knowhows der externen Unterstützung genannte ‚Quick Wins‘ – Vorhaben, die schnell und mit geringem Aufwand zu sichtbaren, verbesserten Ergebnissen führen – realisiert werden. Nicht zuletzt soll das Knowhow von Hochschulen und von Unternehmen, die im Bereich Smart City arbeiten – davon gibt es gerade in Aachen einige – genutzt werden. Wo in Aachen bereits Potenziale für schnelle Lösungen vorhanden sind und welche in anderen Städten und Verwaltungen erprobten Bausteine einfach transferiert werden könnten, ist unter fachkundiger Begleitung in kurzer Zeit zu ermitteln.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Hermann Josef Pilgram
Ratsherr

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 157/17

11. April 2016
GRÜNE 10 / 2016

Ratsantrag

Städtisches Schulangebot um Sekundarschulen erweitern

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt darzustellen, unter welchen Bedingungen eine Umwandlung von Haupt- und Realschulen oder eine Neugründung einer Sekundarschule zum Schuljahr 2017 / 2018 schulrechtlich und schulorganisatorisch möglich ist.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Realisierungsmöglichkeiten einer vierzügigen Sekundarschule in den vorhandenen Räumlichkeiten von Schulen in der Stadt Aachen umfassend zu prüfen.

Begründung

In Aachen ist angesichts der hohen Zahl der Schülerinnen und Schüler, die an den städtischen Gesamtschulen aufgrund der großen Nachfrage abgewiesen werden mussten, der Bedarf einer zügigen Umplanung des städtischen Schulangebots unbestreitbar erforderlich.

Immer mehr Schülerinnen und Schüler und ihre Eltern fragen schulische Angebote längerer

gemeinsamen Lernens nach. Die Anmeldezahlen sprechen eine deutliche Sprache, integrative Schulmodelle sind in Aachen gefragt und gewollt.

Daher besteht für die Stadt Aachen die Verpflichtung, dem Elternwillen und diesem Trend auch mit einer weiteren Umgestaltung der Schullandschaft in Aachen gerecht zu werden.

Ein zusätzliches Angebot für die Oberstufe ist bei ca. 85 % Schüleranteil an Gymnasien und Gesamtschulen nicht erforderlich. Daher erscheint die Umwandlung von Hauptschulen- und Realschulen zu Sekundarschulen (SEK 1) in Kooperation mit einem Gymnasium oder einer Gesamtschule die für Aachen sinnvollste Lösung zu sein.

Die Weiterentwicklung des Schulverbands Aachen Ost oder der Hauptschule Drimborn zu einer Sekundarschule erscheint naheliegend, jedoch sollten alle denkbaren Standortvarianten geprüft werden.

Die Realisierung neuer Schulen ist besonders dann schnell möglich, wenn hierfür möglichst wenige neue Räumlichkeiten geschaffen werden müssen und auf vorhandene Raumressourcen zurückgegriffen werden kann. Ein solches Vorgehen entspricht zudem einem verantwortungsvollen Umgang mit den knappen finanziellen Ressourcen der Stadt.

Mit diesem Antrag soll die Verwaltung aufgefordert werden, die notwendigen Entscheidungsgrundlagen dafür zu schaffen, die Schullandschaft in Aachen um das Angebot von Sekundarschulen für das Schuljahr 2017 / 2018 zu erweitern, und die notwendigen Planungsschritte vorzubereiten.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 158/17

11. April 2016
GRÜNE 11/16

Ratsantrag

Niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerber nach §5 Asylbewerberleistungsgesetz

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die GRÜNE Fraktion beantragt, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, ein Konzept für niedrigschwellige Arbeitsmöglichkeiten für Asylbewerberinnen und Asylbewerber bei der Stadt Aachen nach § 5 Asylbewerberleistungsgesetz zu erstellen. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sollen in dieses Konzept einbezogen werden.

Begründung

Der Weg in den Arbeitsmarkt für Flüchtlinge ist sehr langwierig. Erst nach 15 Monaten entfällt die so genannte Vorrangprüfung, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erschwert. Viele Asylbewerberinnen und Asylbewerber sind so über Monate zur Untätigkeit gezwungen.

Eine frühzeitige Beschäftigung würde es den Menschen nicht nur erleichtern, eine sinnvolle Tagesstruktur zu erhalten, sie könnten auch ihre im Sprachkurs erworbenen Kenntnisse zeitnah anwenden.

Der §5 des Asylbewerberleistungsgesetzes bietet die Möglichkeit, Arbeitsgelegenheiten bei staatlichen, kommunalen und bei gemeinnützigen Trägern zu schaffen, „sofern die zu leistende Arbeit sonst nicht, nicht in diesem Umfang oder nicht zu diesem Zeitpunkt verrichtet werden würde“.

Durch diese Beschäftigungsmöglichkeit – ähnlich den „Ein-Euro-Jobs“ in der Vergangenheit – würden die Asylbewerberinnen und Asylbewerber schon sehr früh die Möglichkeit erhalten, bei kommunalen oder gemeinnützigen Trägern gegen eine Aufwandsentschädigung eine Tätigkeit auszuüben. Dies erleichtert auch eine spätere reguläre Arbeitsaufnahme.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionsvorsitzende



Hilde Scheidt
Bürgermeisterin

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 159/17

11. April 2016
GRÜNE 12 / 2016

Ratsantrag

Frühe Förderung in integrativen Kindertagesstätten erhalten

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktion der GRÜNEN beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat beschließt, die Förderung durch Physiotherapeuten und Logopäden im bisherigen Umfang beizubehalten.

Die Verwaltung wird aufgefordert, die Kindertagesstätten mit integrativen Gruppen als Leistungserbringer für die Krankenkassen anerkennen zu lassen.

Begründung

Der Landschaftsverband Rheinland hat seit dem letzten Kindergartenjahr die Voraussetzungen dafür geschaffen, dass alle Regeleinrichtungen Kinder mit Behinderung aufnehmen können. Mit der Umstellung der Finanzierung therapeutischer Leistungen auf eine Kopfpauschale wird es möglich, im Sinne der Inklusion in jeder Einrichtung eine therapeutische Betreuung anzubieten.

Mit dieser Änderung entfällt allerdings die bisherige Vollfinanzierung der Therapeutinnen und Therapeuten in den Einrichtungen mit integrativen Gruppen durch den Landschaftsverband Rheinland. Die Umsetzung des Inklusionsgedankens sollte nicht auf Kosten der erfolgreichen Arbeit der frühen Förderung in integrativen Einrichtungen organisiert werden, der ganzheitliche Ansatz der therapeutischen Arbeit in den Einrichtungen muss erhalten bleiben.

Zur Finanzierung der Betreuungsleistungen soll ein tragfähiges Abrechnungsmodell nach dem Vorbild der Finanzierung der Frühförderung nach SGB IX mit den Krankenkassen verhandelt werden.

Mit freundlichen Grüßen



Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin



Hilde Scheidt
Bürgermeisterin

Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 160/17

5. April 2016

GRÜNE 8 / 2016
Piraten 201604 -01

Ratsantrag

Grünpfel für den Radverkehr in Aachen testen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen der GRÜNEN und der PIRATEN beantragen, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt, eine Grünpfel-Regelung für den Radverkehr in Aachen zu testen. Sie setzt sich beim Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur bzw. beim Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen dafür ein, ein Pilotprojekt „Rechtsabbiegen bei roter Lichtsignalanlage für Radfahrer und Radfahrerinnen in Aachen“ in die Wege zu leiten. Als Vorbild eignet sich z. B. das seit 2013 durchgeführte Pilotprojekt in Basel.

Begründung

Europaweit werden verschiedene Pilotprojekte, aber auch konkrete verkehrstechnische Umsetzungen an Lichtzeichenanlagen durchgeführt. Diese Pilotprojekte – z. B. in Basel – testen, wie dem Fahrradverkehr Erleichterungen und mehr Sicherheit beim Rechtsabbiegen an roten Lichtsignalanlagen verschafft werden können. Dazu gibt es europaweit unterschiedliche und praktikable Umsetzungen. In den Niederlanden wird seit über 20 Jahren mit einem Texthinweis das Rechtsabbiegen bei Rot erlaubt, und in Frankreich gibt es in vielen Kommunen eine generelle Freigabe ohne expliziten Hinweis.

Ziel ist es, zu untersuchen, inwiefern

- sich die Verkehrsführung verbessert,
- sich die Wartezeiten für Fahrradfahrer an den Versuchsanlagen verringern,
- eine Verringerung der Unfallzahlen und eine erhöhte Akzeptanz der Lichtsignalregelung bei Radfahrern zu erwarten ist.

Diese Grünpfeilregelung halten wir beispielsweise an folgenden Kreuzungen für naheliegend:

- von der Burtscheider Straße in die Lagerhausstraße (rechtsabbiegend)
- von der Limburger Straße in die Lütticher Straße (rechtsabbiegend)
- vom Boxgraben in die Südstraße (rechtsabbiegend)
- von "An der Schanz" in die Lütticher Straße (rechtsabbiegend)
- von der "kleinen" Turmstraße (an der Mensa) in die "große" Turmstraße, um zum Beispiel weiter zum neuen Hörsaalzentrum zu kommen (rechtsabbiegend)
- vom Pontwall in die Malteserstraße (rechtsabbiegend)

Weitere mögliche Stellen sollten von der Verwaltung im Vorfeld identifiziert und ebenfalls in die Testphase mit einbezogen werden.

Mit freundlichen Grüßen


Ulla Griepentrog
Fraktionssprecherin


Wilfried Fischer
verkehrspolitischer Sprecher


Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

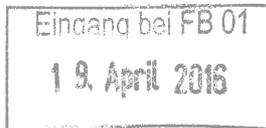

Matthias Achilles
verkehrspolitischer Sprecher

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen



Nr. 161/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201604-03

18.04.2016

Anschaffung eines Geschwindigkeitshinweisschildes für die BV Kornelimünster-Walheim

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Piratenfraktion im Rat beantragt, im Rat folgenden Beschluss zu fassen:
die Verwaltung wird beauftragt, ein Geschwindigkeitshinweisschild zu kaufen und dieses in der Albert-Einstein-Straße durch den Stadtbetrieb anbringen zu lassen, um so zu schnell fahrende Fahrzeuge auf deren Verstoß hinzuweisen.

Begründung: Von div. Seiten wurde mehrfach auf Geschwindigkeitsübertretungen in der Albert-Einstein-Straße hingewiesen. In den angrenzenden Gebieten in Belgien, den Niederlanden und auch den Nachbargemeinden wie Stolberg oder Laurensberg stehen schon solche Hinweisschilder. Der Nutzen sollte damit auch für die Albert-Einstein-Straße, statt vermehrter Kontrollen durch die Polizei bzw. das Ordnungsamt, getestet werden. Die Kosten für ein solches Hinweisschild betragen ca. 2000 € (ein angefordertes Angebot hängt an). Laut Informationen seitens der Verwaltung kann der Stadtbetrieb bei der Aufhängung behilflich sein (Information seitens Laurensberg wo auch schon ein solches Schild im Einsatz ist).

Mit freundlichen Grüßen

Udo Pütz
Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Marc Teuku
Marc Teuku
stellv. Fraktionsvorsitzender PIRATEN

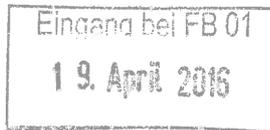
Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen
Telefon: +49 (0)241 432 7265
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1
Raum 136
52062 Aachen

Piratenfraktion, Johannes-Paul-II-Str. 1, 52062 Aachen, Deutschland

Oberbürgermeister
Marcel Philip

Rathaus
52058 Aachen



No. 162/17



Tel.: +49 (0)241 432 7265
E-Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de
Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Ratsantrag

Unser Zeichen: 201604-04

18.04.2016

Fahrscheinlose ÖPNV-Nutzung an verkaufsoffenen Sonntagen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

Die Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen beantragt, im Rat folgenden Prüfungsauftrag zu beschließen:

Die Verwaltung wird gebeten in Zusammenarbeit mit der Städteregion, AVV und der ASEAG zu ermitteln wie hoch die Einnahmeausfälle der Verkehrsunternehmen sein würden, wenn folgendes Szenario umgesetzt wird:

Die Fahrscheinlose ÖPNV-Nutzung in der Städteregion an den verkaufsoffenen Sonntagen in Aachen für Bus- und Bahnlinien ermöglichen, um in die Aachener Innenstadt hinein und wieder hinaus fahren zu können. Des Weiteren wird die Verwaltung gebeten, Möglichkeiten der Finanzierung zu prüfen und auch an den Einzelhandel heranzutreten, um einen finanziellen Ausgleich dieser Einnahmeausfälle durch Sponsoring zu ermöglichen. Das Ziel sollte dabei sein das obige Szenario umzusetzen.

Begründung:

Fahrscheinlose ÖPNV-Nutzung an den verkaufsoffenen Sonntagen in der Aachener Innenstadt würde die Parkplatzproblematik verringern, die Umwelt entlasten und das Einkaufen attraktiver machen. Einzelhandel und Gastronomie profitieren davon, da sich der Kunde ohne Parkplatzsorgen voll und ganz seinem Aufenthalt in der Innenstadt widmen kann. Die Stadt könnte sich mit der Maßnahme positiv darstellen und damit für Aachen werben.

Piratenfraktion im Rat der Stadt Aachen
Johannes-Paul-II-Straße 1 (Raum 136), 52062 Aachen Geschäftsführer: Rahu Ehanantharajah
Telefon: +49 (0)241 432 7265 Fax: +49 (0)241 92 78 68 72
Mail: fraktion@piratenpartei-aachen.de Web: fraktion.piratenpartei-aachen.de

Durch dieses Angebot würden auch Personen in die Bahn oder den Bus steigen, die diese sonst nicht nutzen würden. In der Folge kann hier der ÖPNV direkt erfahren bzw. erprobt werden. Ist diese erste Hemmschwelle zur ÖPNV-Nutzung überwunden, erwarten wir, dass es einen Anstieg an bezahlenden Fahrgästen auch außerhalb der Aktionstage geben wird.

An Sonntagen wird der ÖPNV ansonsten eher wenig genutzt. Daher rechnen wir mit nur geringen Einnahmeneinbußen der Verkehrsbetriebe, die ausgeglichen werden müssten.

Mit freundlichen Grüßen



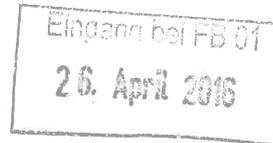
Udo Pütz
Fraktionsvorsitzender PIRATEN



Marc Teuku
stellv. Fraktionsvorsitzender PIRATEN

Fraktion DIE LINKE. • Verwaltungsgebäude Katschhof • 52058 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister Marcel Philipp
Rathaus/Markt – Fax 432-8008
52058 Aachen



Nr. 163/17

Aachen, 26. April 2016

Ratsantrag: Basketballplatz Westpark

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
der Rat möge beschließen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, den Basketballplatz im Westpark zu erneuern. Hierbei ist insbesondere der Platzabschluss am nördlichen Ende höhengleich auszuführen.
2. Der zuständige Fachausschuss und die Bezirksvertretung Aachen-Mitte sollen über den Stand der Planungen auf dem Laufenden gehalten werden.

Begründung

Das heute sehr beliebte und stark genutzte Basketballfeld im Westpark wurde auf einer bestehenden Asphaltfläche angelegt. Die Asphaltfläche stammt vermutlich aus den 1980er Jahren und war wiederum als Rollschuhbahn gedacht. Aus der Übernahme dieser vorhandenen alten Fläche resultieren einige Probleme für die heutige Nutzung.

Das nördliche Ende der Platzfläche liegt über dem umgebenden Gelände, woraus sich eine gefährliche Kante ergibt, die in der Vergangenheit schon zu vielen Fußverletzungen der SpielerInnen geführt hat. Die Korbanlagen stehen viel zu dicht an den Platzenden. Die Platzoberfläche ist extrem glatt und führt zu leichtem Ausrutschen. Insgesamt wäre es äußerst sinnvoll den Platz nicht nur in seiner Materialität sondern auch in seinen Maßen einem "normalen" Basketballspielfeld anzugleichen.

Mit freundlichen Grüßen

Leo Deumens

Marc Beus

Lasse Klopstein

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

28. April 2016

Nr. 164/17

Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

28. April 2016

Ratsantrag: Ausrichtung eines schulischen Schreibwettbewerbs

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Allianz für Aachen beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Stadt Aachen richtet den Schreibwettbewerb „Junge Menschen schreiben heimatische Geschichten“, für Schüler der Jahrgangsstufen 7 – 10 aus. Die Stadt beteiligt sich mit einem Betrag von bis zu 1.000 Euro an Geldpreisen, und stellt Gutscheine aus dem Kulturbereich für die Gewinner zur Verfügung. Die Verwaltung wird ermuntert, bei der Konzeptentwicklung und Umsetzung mögliche Kooperationspartner in Betracht zu ziehen(z.B. die „Stiftung Lesen“, „Guntram und Irene Rinke Stiftung“, „Bund für deutsche Schrift und Sprache“, o.Ä.).

Begründung:

Wer handschriftlich schreibt und formuliert, der denkt nach. Und wer schreibend lernt, eignet sich Wissen schneller und intensiver an. Wissenschaftler sind sich darin einig, dass das Erlernen einer verbundenen Handschrift positive Auswirkungen auf die Sprach- und Rechtschreibkompetenz von Kindern hat. Gute Schreiber rhythmisieren entlang von Silben und Morphemen, schwache Schreiber schreiben häufig unrhythmisch. Verbundene Schriften ermöglichen Schülern sprachliche Einheiten als verbundene Einheiten zu lernen.

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Die Schüler erfahren, dass sich durch Schreiben zusätzliche sprachliche Handlungsmöglichkeiten eröffnen. Informationen und Erfahrungen werden festgehalten, Gedanken und Gefühle sprachlich gestaltet. Es werden Entfernungen zwischen Kommunikationspartnern überwunden und Sachverhalte, Erfahrungen und Beziehungen werden gedanklich geklärt.

Folgende mögliche Ausgestaltung ist denkbar:

Der Schreibwettbewerb wird im Rahmen eines großen Lesefestes ausgeschrieben und soll die Kreativität, Fantasie sowie die Lese- und Schreibkompetenz junger Menschen fördern. Alle Schüler der Jahrgangsstufen 7 bis 10 der allgemeinbildenden Schulen sind angesprochen. Im Rahmen des Schreibwettbewerbs setzen sich die Schüler mit verschiedenen Aspekten des Schreibens, mit Schreibtechniken und Schreibmotivationen auseinander und lernen, eigene und fremde Texte zu bewerten.

Es sind sowohl Einzel- als auch Gruppenarbeiten erlaubt. Die Geschichten dürfen maximal fünf DIN-A4-Seiten lang sein und müssen handschriftlich verfasst sein. Sie müssen einen Bezug zu der Städtereion Aachen aufweisen. Die schönsten Heimatgeschichten werden von einer fachkundigen Jury ausgewählt. Die Gewinner werden auf einer feierlichen Preisverleihung geehrt. Die Gewinner erhalten Geldpreise und attraktive Gutscheine aus dem Kulturbereich.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe



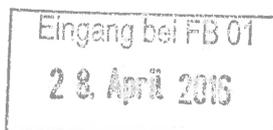
Markus Mohr

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

Allianz für Aachen – Johannes Paul II Str. 1 – 52062 Aachen

Herrn Oberbürgermeister
Marcel Philipp
-Rathaus-
52058 Aachen



Markus Mohr u. Wolfgang Palm

Allianz für Aachen (AfA)
Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II-Str. 1
52062 Aachen

Nr. 165/17

28. April 2016

Ratsantrag: Entwicklung eines tragfähigen Personalentwicklungskonzeptes und nur in begründeten Ausnahmefällen ein Hinausschieben der Altersgrenze nach § 32 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ratsgruppe Allianz für Aachen beantragt, im Rat der Stadt Aachen folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung erarbeitet ein tragfähiges Personalentwicklungskonzept, damit das Hinausschieben über die Regelaltersgrenze nach § 32 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen nur noch in Ausnahmefällen und durch erhebliches dienstliches Interesse hinreichend begründet wird.

Begründung:

Seit 2014 wurde im Rat der Stadt Aachen dreimal über eine Fortführung des Beschäftigtenverhältnisses über die Regelaltersgrenze hinaus positiv entschieden. Oberbürgermeister Marcel Philipp befand lapidar, dass dies ein gutes Zeichen sei, wenn ein Beschäftigter über die Regelaltersgrenze hinaus weiter arbeiten möchte. In einem Fall standen dienstli-

Allianz für Aachen

Gruppe im Rat der Stadt Aachen

chen Gründe einer Ausweitung der Regelaltersgrenze nicht entgegen. In einem Fall wäre es laut OB wichtig, dass derjenige Zeit habe sein Wissen weiter zu geben. Sinn und Zweck ist dies jedoch nicht.

Laut § 32 des Beamtengesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen kann der Eintritt in den Ruhestand auf Antrag des Beamten hinausgeschoben werden, wenn dies im dienstlichen Interesse liegt. Das dienstliche Interesse richtet sich nach dem gesetzlichen Auftrag der Behörde und den dort vorhandenen personalwirtschaftlichen und organisatorischen Möglichkeiten. Das dienstliche Interesse wurde allerdings nicht hinreichend oder gar nicht begründet. Dienstliche Interessen, die dem Anspruch auf Hinausschiebung des Eintritts in den Ruhestand entgegenstehen, müssen nach geltender Rechtslage hinreichend verbindlich konkretisiert und dokumentiert werden. Ein dienstliches Interesse können nur solche Umstände begründen, die für die Qualität der Verwaltungsleistung unmittelbar von Bedeutung sind.

Dies dürfte in der Vergangenheit nicht immer der Fall gewesen sein. Ein Erreichen der Regelaltersgrenze ist voraussehbar. Es sollte möglich sein, dass eine Stadtverwaltung mit 4.500 Mitarbeitern in der Lage ist, rechtzeitig einen Nachfolger aufzubauen und einzuarbeiten. Offenkundig gibt es hier ein organisatorisches Defizit. Zudem führt eine permanente Anhebung der Regelaltersgrenze zu Akzeptanzschäden bei jüngeren Verwaltungsmitarbeitern und erschwert die Nachwuchsgewinnung von Führungskräften. Im Bereich des öffentlichen Dienstes sollte eine zuverlässige und langfristige Personalplanung dafür sorgen, eine ausgewogene Altersstruktur zu erhalten, den Nachwuchs zu fördern, Arbeitsplätze für junge Bewerber frei zu machen, Aufstiegschancen zu eröffnen und damit Leistungs- und Motivationsanreize für die bereits Beschäftigten zu schaffen.

Mit freundlichen Grüßen

Markus Mohr

Wolfgang Palm

Für die Ratsgruppe


Markus Mohr

CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen

Eingang bei FB 01

02. Mai 2016

Nr. 166/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

Aachen, den 29. April 2016

CDU 16.011 / SPD AT 44/16

RATSANTRAG

Ingenieurleistungen – bedarfsgerecht und kosteneffizient

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat der Stadt Aachen beauftragt die Verwaltung, zu analysieren, in wieweit ein Verzicht auf Fremdvergabe von Ingenieurleistungen zu Gunsten einer Eigenerledigung in den Bereichen E26 und FB61 zu einem Beitrag im Rahmen der Haushaltskonsolidierung führt. Ferner soll geprüft werden, ob Arbeitsabläufe durch Eigenerledigung beschleunigt werden können. Das Ergebnis der Erarbeitung soll dem Rat zum Beschluss vorgelegt werden.

Begründung

Hintergrund der Untersuchung soll neben der Schaffung eines Betrages zur Haushaltskonsolidierung die Verkürzung von Bearbeitungszeiten sein. Hierbei sollen auch Schwankungen in der Auslastung der einzelnen Bereiche und sich daraus ergebende Konsequenzen berücksichtigt werden.

In verschiedenen Stellungnahmen des Gebäudemanagements (E26) sowie des Fachbereichs Stadtentwicklung und Verkehrsanlagen (FB61) wird der hohe Zwang zur Fremdvergabe von

Ingenieurleistungen aufgrund der derzeit hohen Zahl an Sonderprojekten dargestellt. Durch E26 wird besonders darauf hingewiesen, dass durch verstärkte Projektbeteiligung vieler Mitarbeiter auch projektunabhängige Arbeitsvorgänge teilweise nicht mehr durch eigenes Personal abzubilden seien und dies der fachlichen Qualifikation des Eigenbetriebs abträglich wäre.

Im Rahmen der Stellungnahmen fällt auf, dass teils trotz der Möglichkeit einer wirtschaftlichen Eigenerledigung "mangelnde Personalkapazitäten zu einer verstärkten Fremdvergabe führen" und dass es einen "nachgewiesenen wirtschaftlichen Vorteil erhöhter Eigenleistung [...] von 20-30% gegenüber vollständiger Fremdvergabe" (laut Stellungnahme E26) gibt.

Aufgrund der Schwierigkeit der Stellenbesetzung mit Fachkräften in der Vergangenheit, soll neben der Eigenerledigungs-Fremdvergabe-Relation in wirtschaftlicher und fachlicher Hinsicht auch die Realisierungsfähigkeit untersucht werden.

Mit freundlichen Grüßen



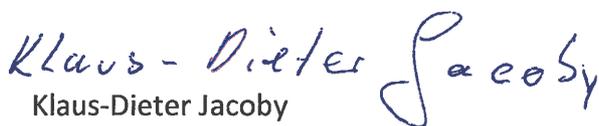
Harald Baal

Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos

Vorsitzender SPD-Fraktion



Klaus-Dieter Jacoby

BA Gebäudemanagement

CDU-Fraktion



Tobias Küppers

BA Gebäudemanagement

SPD-Fraktion

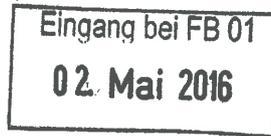


CDU FRAKTION IM RAT
DER STADT AACHEN



CDU und SPD-Fraktionen im Rat der Stadt - 52062 Aachen

Herrn
Oberbürgermeister
Marcel Philipp
Rathaus
52058 Aachen



Nr. 167/17

Geschäftsstellen

Verwaltungsgebäude Katschhof
Johannes-Paul-II.-Straße 1
52062 Aachen

CDU

Telefon 0241 / 432 -7211 und -7212
cdu.fraktion@mail.aachen.de
www.cdu-fraktion-aachen.de

SPD

Telefon 0241 / 432 -7215
spd.fraktion@mail.aachen.de
www.spd-aachen.de

Aachen, den 02. Mai 2016

CDU 16.014 / SPD AT 45/16

RATSANTRAG

Ortsnahe dezentrale Dienstleistungsangebote

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Fraktionen von CDU und SPD im Rat der Stadt Aachen beantragen im Rat der Stadt folgenden Beschluss zu fassen:

Die Verwaltung wird beauftragt zu prüfen, wie die Dienstleistungsangebote der Bezirksämter und der Bürgerservicestandorte weiter ausgebaut werden können. Folgende Punkte sind zu beachten:

1. Ausbau der Bezirksämter und Bürgerservicestandorte als ortsnahe und dezentrale Dienstleistungsstandorte
2. Ausweitung des Dienstleistungsangebotes der Bezirksämter und Bürgerservicestandorte (bspw. "Grundsicherung im Alter")
3. Verbesserung der Erreichbarkeit der Stadtverwaltung für eine älter werdende Gesellschaft
4. Stärkere Digitalisierung der Akten und Arbeitsabläufe der Stadtverwaltung zur Unterstützung der dezentralen Dienstleistungsangebote (eGovernment)

5. Stärkung und Vernetzung der sozialräumlichen Strukturen unter Einbeziehung von Stadtteilkonferenzen, Stadtteilbüros und Quartiersmanagement, insbesondere bei Integrationsaufgaben, Wohnungs- und Sozialangelegenheiten.

Begründung

Die Digitalisierung der Verwaltung bei Akten und Arbeitsabläufen schreitet voran. Hierdurch ergibt sich die Chance, weitere Dienstleistungen der Verwaltung, bspw. "Grundsicherung im Alter", an mehr als einem Standort in Aachen anzubieten.

Die Ausweitung des dezentralen Dienstleistungsangebotes und des Bürgerportals der Verwaltung folgt dem Gedanken, den Aachenerinnen und Aachenern einen möglichst einfachen und gut erreichbaren Zugang zu ermöglichen.

Seit einigen Jahren werden dabei insbesondere die Bezirksämter und der Bürgerservice als ortsnahe, dezentrale Standorte der Verwaltung wahrgenommen und genutzt. Für die Menschen, die Verwaltungsangelegenheiten persönlich erledigen wollen oder müssen, ist die Stärkung eines ortsnahen und dezentralen Angebots eine erhebliche Verbesserung.

Mit freundlichen Grüßen



Harald Baal
Vorsitzender CDU-Fraktion



Michael Servos
Vorsitzender SPD-Fraktion



Elke Eschweiler
Sprecherin im Personal- und
Verwaltungsausschuss
CDU-Fraktion



Daniela Lucke
Vorsitzende des Personal- und
Verwaltungsausschusses
SPD-Fraktion